

Der G-8-Gipfel in Japan: Perspektiven aus den Outreach-Staaten

EINLEITUNG

Am diesjährigen G-8-Gipfel, der vom 7. bis 9. Juli 2008 im japanischen Toyo-ko/Hokkaido stattfand, nahmen mit 22 Staats- und Regierungschefs so viele Staaten teil wie nie zuvor. Neben den G-8-Mitgliedsstaaten waren unter anderem Algerien, Äthiopien, Ghana, Nigeria, Senegal, Tansania sowie Vertreterinnen und Vertreter Internationaler Organisationen eingeladen. Zudem waren die zur Gruppe des „Major Economies Meeting“ (MEM) gehörenden Staaten Australien, Südkorea und Indonesien anwesend. Im Fokus standen jedoch zum wiederholten Mal die fünf sogenannten Outreach-Staaten Brasilien, Mexiko, Südafrika, Indien und China (G 5/O 5). Diese fünf Staaten nehmen seit 2003 an den G-8-Gipfeln teil und sind seit der deutschen G-8-Präsidentschaft im vergangenen Jahr auch formal über ein neues, auf zwei Jahre angelegtes Dialogforum an die G 8 angebunden (der sogenannte Heiligendamm-Prozess).

Der diesjährige Weltwirtschaftsgipfel nahm erneut die Themen Klimawandel, Kyoto-Nachfolgeregelung, Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika, die Halbzeitbilanz der Millenniumsentwicklungsziele sowie die Nichtverbreitung von Kernwaffen auf. Hinzu kamen drängende aktuelle Fragen im Hinblick auf die Finanzmarktkrise, die Verschärfung der weltweiten Nahrungsmittelversorgung sowie die Preissteigerungen auf den Rohstoffmärkten. Kritiker sahen daraufhin die Gefahr einer thematischen Überfrachtung des Treffens.

Der enge Zusammenhang zwischen den verschiedenen Krisen auf den globalen Märkten zeigt mehr als deutlich die Notwen-

digkeit koordinierter internationaler Maßnahmen. Weltbank-Chef Robert Zoellick bezeichnete sie als „Test für das globalisierte System“. Die Ergebnisse des Gipfels in den Bereichen Klima, Energie, Nahrungsmittelpreise, Atompolitik und Afrika wurden verhalten kommentiert, aber ein Fortschritt im Verhältnis zum G8-Gipfel 2007 kann dennoch konstatiert werden.

Die Rolle der Outreach-Staaten gewinnt global zusehends an Bedeutung: Allein die G 5 tragen über ihre Energieerzeugung zu rund 30 Prozent der Treibhausemissionen bei. Die Wachstumsraten in diesen Ländern sind beachtlich und bewirken über Nachfragesteigerungen anziehende Rohstoff- und Lebensmittelpreise. Gleichzeitig unterstreichen alle G-5-Staaten das Prinzip der „gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung“: Die Schwellenländer befürchten eine Beschränkung ihrer zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung und fordern daher eine Vorreiterrolle der Industrieländer beim Klimaschutz und anderen international regulierenden Maßnahmen.

Wie die wichtigen Schwellenländer in globale Foren wie dasjenige der G 8 einbezogen werden, um gemeinsam wirksame Maßnahmen und Initiativen zu weltweiten Herausforderungen zu beraten und zu beschließen, ist essenziell und wird Gegenstand zukünftiger Beratungen bleiben. Mit dem wirtschaftlichen und politischen Bedeutungszuwachs der G-5-Staaten wird in jedem Fall eine wachsende Verantwortung dieser Länder für die Lösung globaler Probleme einhergehen.

1. BRASILIEN

Vorbereitung und Verlauf des G-8-Gipfeltreffens vom 7. bis 9. Juli 2008 in Toyako/Hokkaido, Japan, sind von der brasilianischen Regierung und den wichtigen Medien des Landes¹ mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen worden. Brasilien ist als einer der fünf Outreach-Staaten von der G 8 zur Teilnahme an der Diskussion globaler Themen eingeladen worden. Das trägt der Einsicht Rechnung, dass die globalen Probleme nicht ohne die Beteiligung von Brasilien, Mexiko, Südafrika, Indien und China, die als „Gruppe der Fünf“ (G 5) auftreten, behandelt, geschweige denn gelöst werden können.

Brasilien würde gerne als Vollmitglied in die G 8 integriert werden. Dies entspricht dem Ziel der Regierung, noch stärker als Akteur an der Gestaltung der internationalen Beziehungen teilzunehmen. Brasilien will als „global player“ auf der internationalen Bühne nicht nur „rule taker“ sein, sondern als „rule maker“ aktiv an der Gestaltung internationaler Regeln und Prozesse teilhaben. Dieser Anspruch wird nicht nur von der Regierung, sondern auch von praktisch allen politischen Lagern, wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und den Medien vertreten. Die G 8 wird dabei als ein wichtiges, aber nicht als einziges oder gar das wichtigste Forum wahrgenommen, um die internationale Präsenz Brasiliens zu unterstreichen. Bereits im Vorfeld der Tagung wurde in der Öffentlichkeit kritisch kommentiert, dass die G 5 nicht an der gesamten Tagung der G 8 teilnehmen können, sondern erst am Ende, wenn die G 8 ihre Abschlusserklärung bereits abgestimmt haben, dazu gebeten werden.

Vorbereitung des G-8-Gipfels

Über die wichtigsten vorbereitenden Treffen des G-8-Gipfels ist in den brasilianischen

¹ Als „Qualitätsmedien“ werden vor allem die wichtigsten Tageszeitungen *O Estado de São Paulo*, *O Globo*, *Folha de São Paulo* und *Correio Brasiliense* sowie die Nachrichtensender des Fernsehens und des Rundfunks verstanden.

Medien regelmäßig berichtet worden. So wurde beispielsweise Ende Mai über die Vorstellung des Reports „Economics of Ecosystems and Biodiversity“ (TEEB) informiert, der eine Reduzierung des globalen Sozialprodukts um ca. 7 Prozent bis 2050 vorsieht, sofern die Umwelt weiter im gegenwärtigen Rhythmus zerstört werde. Die Vorstellung dieses Berichts erfolgte in der Regel mit dem Hinweis, dass er von der deutschen Regierung zusammen mit der EU im Rahmen der deutschen G-8-Präsidentschaft in Auftrag gegeben worden sei.

Bei dem G-8-Vorbereitungstreffen der Umweltminister in Kobe war Brasilien durch seine Botschafterin bei der UN-Umweltorganisation UNEP vertreten, die die Absicht erklärte, dass Brasilien konkrete messbare und verifizierbare Schritte zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes unternehmen werde. Die Botschafterin betonte dabei insbesondere die Erfahrungen ihres Landes im Bereich der Biokraftstoffe und stellte fest, Brasilien habe infolge des verstärkten Einsatzes dieser Treibstoffe die CO₂-Emissionen um 675 Mio. Tonnen reduzieren können. Zugleich forderte sie die Einhaltung der Zielvorgaben des Kyoto-Protokolls von 1997 und die Verpflichtung auf eine mittelfristige Reduktion der Emissionen.

Auch über das Treffen der Energieminister der G 8 in Aomori, Japan, bei dem über neue Rahmenvereinbarungen der Energie- und Klimapolitik diskutiert wurde, ist in den brasilianischen Medien berichtet worden. Ebenso wurden angesichts der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten im Vorfeld des G-8-Treffens die Verantwortung und die Bemühungen der USA und der EU zur Stabilisierung des internationalen Finanzsystems ausführlich kommentiert.

Individuelle Initiativen einiger G-8-Staaten im Vorfeld des Treffens waren ebenfalls Gegenstand der Berichterstattung. So beispielsweise der italienische Vorschlag der Gründung einer internationalen Bank für Nahrungsmittelreserven oder die Anregung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, eine europäische Risiko-Agentur zu gründen, um den Einfluss der amerikanischen Agenturen wie Moody's und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BRASILIEN, MEXIKO, SÜD-
AFRIKA, INDIEN, CHINA**

ROMY CHEVALLIER
SABRINA EISENBARTH
JASPER EITZE
DR. WILHELM HOFMEISTER
STEFANIE MÖLLER
SUSANNA VOGT

Juli 2008

www.kas.de

Standard & Poor's einzudämmen. In diesem Zusammenhang wurde auch Kritik der Bundeskanzlerin an Bankern zitiert, die Produkte schafften, verkauften und kauften, von denen sie nichts verstünden. Als notwendig habe sie es bezeichnet, die „Globalisierung zu steuern“, wobei sie auf die Soziale Marktwirtschaft als wirksames Modell der Ordnungspolitik hingewiesen habe.

Der Deutschland-Besuch von Präsident Bush ist auch im Hinblick auf den G-8-Gipfel wahrgenommen worden. Dabei wurde hervorgehoben, dass die Kanzlerin mit dem US-Präsidenten vereinbart habe, alles Mögliche zu unternehmen, um die Doha-Verhandlungsrunde der WTO zur Liberalisierung des Welthandels erfolgreich abzuschließen. Sie wurde mit den Worten zitiert, mit Bush „einige gemeinsame Aktionen noch vor dem G-8-Gipfel“ vereinbart zu haben. Gemeinsam hätten beide zudem die Situation der Weltwirtschaft und insbesondere die Steigerung der Energie- und Nahrungsmittelpreise analysiert.

Nicht nur, aber auch im Hinblick auf das G-8-Treffen wurde und wird in Brasilien über die Nahrungsmittelkrise diskutiert. Dabei verneint das Land einen Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Lebensmittelpreise und der Produktion von Biokraftstoffen generell, vor allem aber im Hinblick auf die eigene Kraftstoffproduktion. Präsident Lula da Silva wird nicht müde, bei seinen Auslandsreisen und gegenüber ausländischen Besuchern zu betonen, dass der Biokraftstoff in Brasilien im Wesentlichen aus Zuckerrohr gewonnen wird, das für den Anstieg der Lebensmittelpreise keine Bedeutung besitze. Auch die Umweltbelastung und die Zerstörung von Waldflächen im Amazonasgebiet als Folge der Produktion von Biokraftstoffen werden von der brasilianischen Regierung nachdrücklich bestritten. Das machte Präsident Lula unter anderem auch gegenüber Bundeskanzlerin Merkel während ihres Besuches in Brasília im Mai 2008 deutlich. Im Vorfeld des G-8-Gipfels hat Lula da Silva mehrfach öffentlich geäußert, er wolle in Hokkaido die Vorzüge der brasilianischen Biokraftstoff-Produktion betonen.

Behandlung der G 5

Das Verfahren der Integration der G-5- bzw. der Outreach-Staaten in die Verhandlungen des G-8-Gipfels wurde kritisiert. Im vergangenen Jahr sei in Heiligendamm die Meinung der G 5 ignoriert worden, weil diese erst nach Abschluss der G-8-Verhandlungen ihre Positionen vortragen konnten. Erinnert wurde daran, dass das Abschlussdokument von Heiligendamm so präsentiert worden sei, als ob es die Zustimmung der G 5 hätte. Das sei nicht der Fall gewesen und der brasilianische Präsident Lula sei darüber verärgert gewesen. Der brasilianische Präsident habe deshalb vorgeschlagen, die G 5 in Hokkaido stärker zu beteiligen, doch sei das ignoriert worden. Zudem hatte Lula ein Vorbereitungstreffen der G 5 zur Abstimmung ihrer Position vorgeschlagen. Dieses Vorbereitungstreffen fand am 8. Juli in Sapporo statt – es dauerte allerdings nur 30 Minuten. Dabei bezeichneten die G 5 die Spekulation mit den Preisen für Nahrungsmittel und Erdöl vor allem als ein Problem der reichen Länder. Die G 5 verlangten deshalb eine bessere Regulierung der Finanzmärkte, insbesondere im Hinblick auf die Zukunftsmärkte, sowie eine bessere makroökonomische Aufsicht. Trotz der Bedeutung der Diskussion über die Klimaveränderung ist aus Sicht dieser Ländergruppe der Kampf gegen den Anstieg der Preise für Lebensmittel und Erdöl und die daraus genährte Inflation kurzfristig die wichtigste Herausforderung.

Zusammen mit dem indischen Ministerpräsidenten Manmohan Singh hat der brasilianische Präsident Lula da Silva während des G-5-Treffens vorgeschlagen, die Ländergruppe müsse mit größerem Nachdruck deutlich machen, dass ihrerseits keine Bereitschaft besteht, die Rechnung für makroökonomische Probleme und ineffiziente Regulierungen der reichen Länder über das Finanzsystem zu bezahlen. Das hatte Präsident Lula bereits während des Mercosur-Gipfels Anfang Juli 2008 mit Unterstützung seiner südamerikanischen Kollegen ausgeführt.

**BRASILIEN, MEXIKO, SÜD-
AFRIKA, INDIEN, CHINA**

ROMY CHEVALLIER
SABRINA EISENBARTH
JASPER EITZE
DR. WILHELM HOFMEISTER
STEFANIE MÖLLER
SUSANNA VOGT

Juli 2008

www.kas.de

Gipfelthemen

Inflation, Klima, Erdöl und Nahrungsmittel – die wichtigsten Themen des G-8-Gipfeltreffens sind auch für Brasilien von großer Bedeutung und deshalb hat man mit Interesse beobachtet, welche Vereinbarungen die G 8 treffen würden, um die Probleme im Hinblick auf jene Themen anzugehen. Allerdings wurden die Erwartungen an das Gipfeltreffen zur Vereinbarung wirklicher Fortschritte sehr zurückhaltend formuliert. Viel Skepsis herrschte hinsichtlich der Vereinbarung wirksamer Maßnahmen gegen den Hunger, d.h. vor allem den Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise. Dazu wären nach weit verbreiteter Meinung effiziente Maßnahmen zur Reduzierung der Spekulation auf den Zukunftsmärkten für Agrarprodukte und Öl sowie Kontrollmechanismen für das Spekulationskapital notwendig. Zudem wäre die Beseitigung der Subventionen der großen Volkswirtschaften für ihre Agrarproduzenten essenziell. Weil damit aber nicht zu rechnen sei, würde auf Druck der ärmeren Länder und der Finanzorganisationen eher kurzfristig die Nahrungsmittelhilfe erhöht. Die Asiatische Entwicklungsbank beispielsweise habe Anfang Juli darauf hingewiesen, dass eine Milliarde Asiaten 60 Prozent ihres Einkommens für Nahrung ausgaben und wegen der Zunahme der Lebensmittelpreise Nahrungsmangel zu erwarten hätten. Die Bank plane, eine Milliarde US-Dollar für den Agrarsektor aufzuwenden, davon 500 Mio. US-Dollar als Nahrungsmittelhilfe für die Armen. Die Weltbank plane, den ärmsten Ländern zehn Mrd. US-Dollar zur Hungerbekämpfung und für Saatgut sowie Düngemittel zur Verfügung zu stellen.

Zurückhaltende Beurteilung der Ergebnisse des G-8-Gipfeltreffens

Die Ergebnisse des G-8-Gipfeltreffens sind mit Zurückhaltung bzw. eher kritisch kommentiert worden. Die Staatsführer seien auseinander gegangen, ohne effektive Maßnahmen zum Stopp der globalen Erderwärmung, zur Vermeidung eines Anstiegs der Inflation und zur wirksamen Lösung der Ernährungs- und Energiekrise beschlossen zu haben. Im Gegenteil habe das Treffen einen Überschuss an gegensätzlichen Positionen

und Widersprüchen sowie einen Stapel an Dokumenten produziert, die nur sehr wenig zur Debatte um die aktuellen Herausforderungen beitragen würden. In einem bilateralen Treffen mit dem US-Präsidenten Bush hat Lula zum letzten Mal die Bitte vorgetragen, dieser möge den Weg für einen Abschluss der Doha-Runde frei machen. Nach brasilianischer Lesart hängt alles von der US-Haltung gegenüber den neuen Vorschlägen für die Kapitel über die Landwirtschaft und die Öffnung der Sektoren der Industrie und Dienstleistungen ab.

Kritisiert wurde in den brasilianischen Medien, dass die japanische Regierung den Journalisten einen direkteren Kontakt zu den Gipfeldelegationen verwehrte, indem sie diese 40 km vom Konferenzort entfernt unterbrachte. Es fehlte auch nicht der Hinweis auf das opulente Abendessen der Staatsführer am Montag, den 7. Juli, währenddessen sie bei Sekt und Kaviar über die Folgen der Steigerung der Lebensmittelpreise und des Erdöls für den Grundbedarf der Familien in den armen Ländern diskutiert hätten.

2. MEXIKO

Der Berichterstattung in den mexikanischen Medien nach zu urteilen, war der G-8-Gipfel in Japan von begrenzter Bedeutung für das Land. Die ersten ausführlicheren Zeitungsaufsätze² datieren vom 9. Juli, also dem letzten Tag des Gipfeltreffens. Die Medienberichte stellen in erster Linie eine Zusammenfassung und begrenzte Analyse der Ergebnisse dar, von Erwartungen im Vorfeld oder einer gespannt aufmerksamen Beobachtung der Vorgänge während des Gipfels kann mit Blick auf die öffentliche Meinung nicht gesprochen werden. Dennoch stieß der diesjährige G-8-Gipfel aufgrund der Koordi-

² Für diesen Bericht wurden Artikel aus den wichtigsten nationalen Tageszeitungen ausgewertet: *La Jornada*, *Reforma*, *Milenio*, *La Crónica de Hoy*, *El Universal*.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BRASILien, MEXIKO, SÜD-
AFRIKA, INDIEN, CHINA**

ROMY CHEVALLIER
SABRINA EISENBARTH
JASPER EITZE
DR. WILHELM HOFMEISTER
STEFANIE MÖLLER
SUSANNA VOGT

Juli 2008

www.kas.de

nierungsrolle³, die der mexikanische Präsident Felipe Calderón innerhalb der Outreach-Staaten (G 5) eingenommen hat, auf ein gewisses Interesse in Mexiko. Diese Position will er nach eigenen Aussagen auch weiterhin einnehmen und damit die mexikanische Führungsrolle festigen. Der mexikanische Presse zu Folge leitete Calderón während des Gipfels in Japan die Arbeitsrunden der G 5 und verlas als Sprecher der Gruppe am Ende des Gipfels die aus 34 Punkten bestehende Erklärung der G 5 mit konkreten Forderungen an die G 8, die im Folgenden näher erläutert werden.

Stärkere Einbindung der G 5: Ausweitung der G 8 zur G 13 vorstellbar

Die Aufmerksamkeit der Medien richtete sich verstärkt auf die Frage, ob und inwieweit eine Ausweitung der G 8 in Zukunft vorstellbar und notwendig ist. Calderón selbst begrüßte den Vorschlag des italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi, im Rahmen des nächsten Gipfeltreffens in Italien 2009 die gemeinsamen Runden der G 8 und G 5 nach Möglichkeit auf einen ganzen Tag auszudehnen und nicht mehr auf wenige Stunden zu beschränken. Die Berichterstatter nahmen Bezug auf Aussagen des IWF-Direktors Dominique Strauss-Kahn sowie des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier: Beide befürworteten eine Ausweitung der G 8, da die G 8 allein nicht in der Lage sei, globale Herausforderungen wie die Nahrungsmittel- und Finanzkrise sowie den Klimawandel zu lösen.

Aus mexikanischer Sicht wird die Absicht, die G 5 in Zukunft noch stärker in die G-8-Runden einzubeziehen, als klarer Erfolg und Fortschritt gewertet. Erwähnung fand eben-

³ Im September 2007 hatten die G 5 in New York beschlossen, zukünftig die gemeinsamen Positionen insbesondere gegenüber der G 8 besser zu koordinieren und insgesamt die Zusammenarbeit der fünf Länder zu verbessern. Man einigte sich, für das Jahr 2008 Mexiko die Koordinierungsrolle zuzuteilen (Quelle: Internetseite des mexikanischen Außenministeriums, Pressemitteilung 253, 27. September 2007, www.sre.gob.mx/csociale/comunicados/2007/sep/cp_253.html)

falls der Vorschlag, die G 8 zwar zu erweitern, aber nicht nach dem Modell G 8+G 5, sondern mit einer stärker wirtschaftlichen Gewichtung als G 12 ohne Mexiko und Südafrika, aber mit China, Indien, Brasilien und Spanien. Es steht außer Frage, dass Mexiko mit einer solchen Regelung nicht einverstanden wäre, zumal in diesem Zusammenhang immer auch der direkte Vergleich mit Brasilien bezüglich der Führungsrolle in Lateinamerika hergestellt wird.

Klimawandel als neues Kernthema für Mexiko

Vor dem Hintergrund der lateinamerikanischen Führungsfrage sind vermutlich auch die Vorstöße Calderóns in seiner Rolle als G-5-Koordinator im Bereich Klimaschutz zu deuten. Der mexikanische Präsident hat damit offenbar ein Themenfeld für sich entdeckt, mit dem er Mexiko als engen Verbündeten der G 8, insbesondere der Europäer und Japans, präsentieren kann. Calderóns Vorschlag zur Einrichtung eines „Grünen Fonds“ wurde in der internationalen Berichterstattung kaum beachtet, seitens der mexikanischen Medien aber verstärkt aufgegriffen. Dieser Fonds soll die G 8 dazu verpflichten, einen Prozentsatz ihres BIP abzuführen, um damit weltweit Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes zu finanzieren. Diese Initiative Calderóns blieb allerdings in der Abschlusserklärung der G 5 unberücksichtigt. Dagegen einigten sich die Regierungschefs der G 5 darauf, den von der Weltbank eingerichteten, freiwilligen Klimafonds zu unterstützen. Weiterhin forderte der mexikanische Präsident die Weltgemeinschaft dazu auf, verstärkt auf alternative Energiequellen zu setzen, um das Ausmaß des Klimawandels zu begrenzen. Ein Teil der heimischen Presse nahm diesen Aufruf Calderóns zum Anlass, die fehlende Berücksichtigung erneuerbarer Energien in der derzeit diskutierten sogenannten „Energiereform“ Mexikos zu kritisieren.

Der mexikanische Präsident wies als Sprecher der G-5-Staaten darauf hin, dass die Verantwortung für den Klimawandel nicht bei den Schwellen- und Entwicklungsländern abgeladen werden dürfe. Vielmehr müssten die G-8-Staaten auch hier ihre Vorreiterrolle

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BRASILIEN, MEXIKO, SÜD-
AFRIKA, INDIEN, CHINA**

ROMY CHEVALLIER
SABRINA EISENBARTH
JASPER EITZE
DR. WILHELM HOFMEISTER
STEFANIE MÖLLER
SUSANNA VOGT

Juli 2008

www.kas.de

wahren. In diesem Sinne lautete die Forderung der G 5, dass die G 8 ihren CO₂-Ausstoss bis 2020 um 25-40 Prozent und bis 2050 um 80-95 Prozent reduzieren sollten. Die Reduktion um 50 Prozent bis 2050, wie sie nun aus der Abschlusserklärung des Gipfels hervorgeht, wurde als unzureichend kritisiert. An diesem Beispiel wird ersichtlich, dass einer Einigung zwischen G 8 und G 5 zu einer Nachfolgeregelung des 2012 auslaufenden Kyoto-Protokolls derzeit noch deutliche Differenzen im Wege stehen.

Geteilte Meinung in Bezug auf Biokraftstoffe

Ein geteiltes Meinungsbild gibt Mexiko mit Blick auf den Einsatz von Kraftstoffen aus Agrarprodukten ab, deren stark expandierender Anbau im direkten Zusammenhang mit der Verknappung des Nahrungsmittelangebots und dem damit einhergehenden extremen Preisanstieg wichtiger Grundnahrungsmittel wie Getreide gesehen wird. So geht aus einem Bericht der Weltbank hervor, dass der Preisanstieg um bis zu 75 Prozent auf die Ausweitung der Biokraftstoffproduktion zurückzuführen ist. In Mexiko sowie in anderen Schwellen- oder Entwicklungsländern, so Calderón, wirkten sich die negativen Folgen des Preisanstiegs besonders besorgniserregend gerade auf die ärmeren Teile der Bevölkerung aus, da diese bis zu 50 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben. Andererseits möchte sich Mexiko selber in Zukunft im Bereich der Biokraftstoffindustrie engagieren.⁴ Daher tritt das Land gemeinsam mit Brasilien für einen maßvollen Einsatz von Biokraftstoffen ein, beispielsweise durch die Erzeugung von Biodiesel aus nicht verzehrbaren Pflanzenteilen des Zuckerrohrs.

⁴ Im Juni dieses Jahres verkündete der mexikanische Landwirtschaftsminister Alberto Cárdenas, im Rahmen des Spezialprogramms für Ernährungssicherung 250 Mio. Pesos (ca. 15 Mio. Euro) für Pilotprojekte im Bereich der Biokraftstoffherzeugung zur Verfügung zu stellen. Bis 2012 soll in den Regionen um die Metropolen Mexiko-City, Guadalajara und Monterrey mit den neuen aus Zuckerrohr gewonnenen Kraftstoffen experimentiert werden.

Forderungen nach Notfallhilfen gegen die Nahrungsmittelkrise

Als Sprecher der G 5 während des Gipfels setzte sich der Präsident Mexikos dafür ein, dass die Schuld an der Verknappung von Öl und Nahrungsmitteln nicht den Schwellenländern zugeschrieben wird. Er appellierte stattdessen an die G 8, die Subventionen im eigenen Agrarbereich abzubauen und den Weltmarkt nicht länger zu verzerren. Auf der anderen Seite hatte Calderón noch vor wenigen Wochen erklärt, dass er den Grund für den Preisanstieg der Nahrungsmittel vor allem im rasant ansteigenden Bedarf in Ländern wie Indien und China sehe. Gleichzeitig forderte er die G-8-Staaten dazu auf, den für die Entwicklungshilfe angestrebten Anteil von 0,7 Prozent des BIP einzuhalten, um die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele zu ermöglichen.

Zudem warb er bei den reicheren Ländern um Notfallhilfen, mittels derer die Armut in den Schwellen- und Entwicklungsländern während weltweiter Krisensituationen bekämpft werden sollen. Als Beispiel führte der mexikanische Präsident sein eigenes Armutsbekämpfungsprogramm „Oportunidades“ an, in dessen Rahmen die ärmsten Familien alle zwei Monate 24 US-Dollar als Unterstützung erhalten. Mit Blick auf die aktuelle Finanzkrise schlug Calderón weiterhin eine Reform der weltweiten Finanzstrukturen und die Schaffung von Überwachungsinstrumenten vor, um künftige Krisen frühzeitig erkennen und eindämmen zu können. Insgesamt bietet, so Calderón, die Dynamisierung der Globalisierung der letzten Jahre und Jahrzehnte zwar ein großes Wachstumspotenzial, aber aufgrund der verschärften Wettbewerbssituation auch ebenso viele soziale Risiken.

Rolle Calderóns im Mittelpunkt

Zwar deckten die mexikanischen Medien mit ihrer Berichterstattung auch die zentralen, international im Mittelpunkt stehenden Gipfel-Ergebnisse wie die von Umweltverbänden heftig kritisierte Absichtserklärung der G 8 im Bereich Klimaschutz sowie die Vertagung einer verbindlichen Einigung auf den UN-Gipfel in Kopenhagen 2009 ab. Beach-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BRASILien, MEXIKO, SÜD-
AFRIKA, INDIEN, CHINA**

ROMY CHEVALLIER
SABRINA EISENBARTH
JASPER EITZE
DR. WILHELM HOFMEISTER
STEFANIE MÖLLER
SUSANNA VOGT

Juli 2008

www.kas.de

tung fand ebenfalls die Forderung der Industrienationen, die weltweiten Erdölförderkapazitäten zu erhöhen, die Bereitschaft zur Ausweitung der Afrikahilfe sowie das Novum der US-amerikanischen Zustimmung zur CO₂-Reduzierung. Zusammenfassend ist jedoch festzustellen, dass ein Großteil der Berichterstattung zum G-8-Gipfel auf die hervorgehobene Rolle des mexikanischen Präsidenten als Koordinator und Sprecher der G 5 zurückzuführen ist. Damit rückten auch die von Calderón vorgebrachten Themen wie die Nahrungsmittelkrise, Armut, gerechter Handel und der Klimafonds in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

3. SÜDAFRIKA

Sieben Jahre hat der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki Afrikas Wunsch nach mehr Gleichheit und Gerechtigkeit auf den Weltwirtschaftsgipfeln vertreten. Sein Auftritt beim G-8-Gipfel vom 7. bis 9. Juli 2008 in Japan war sein letzter als Präsident von Südafrika. Unter den Staats- und Regierungschefs der 22 eingeladenen Staaten war er der einzige, der an allen acht Treffen seit dem letzten G-8-Gipfel in Japan im Jahr 2000 teilgenommen hat. Auch war er das einzige Oberhaupt eines nicht zu den G 8 gehörenden Staates, der mit den Führern der G 8 in allen drei erweiterten Sitzungen zusammentraf: In der Sitzung zur Entwicklung Afrikas, an der sieben afrikanische Staatsoberhäupter sowie die Kommission der Afrikanischen Union teilnahmen, in der Gruppe der Outreach-Staaten (G 5) und in der Beratung mit den Führern der wichtigsten Volkswirtschaften (Major Economies Meeting, MEM).

Die Konferenzen der G-8-Minister vor dem Gipfel (insbesondere die „Tokyo International Conference on African Development, TICAD IV“, und die Außenministerkonferenz), die eigentliche dreitägige Konferenz und die Analyse der Ergebnisse fanden in der südafrikanischen Presse viel Beachtung. In den Kommentaren der Medien ging es hauptsächlich um drei Schlüsselfragen, die für die Entwicklungsprioritäten Afrikas besonders wichtig sind: Die Tatsache, dass die G 8 ih-

ren in Gleneagles eingegangenen Verpflichtungen zur Entwicklungshilfe für Afrika südlich der Sahara nicht nachkommen, Zimbabwe und der Ruf der G 8 nach UN-Sanktionen sowie die Verantwortlichkeiten, die mit dem Klimawandel und der Lebensmittelkrise zusammenhängen. Diese Themen wurden alle in der südafrikanischen Presse im Detail diskutiert.

Auf dem Weg zur Entwicklung Afrikas: Die Verpflichtungen der G 8 zur Entwicklungshilfe für Subsahara-Afrika

Als amtierender Kopräsident der Arbeitsgruppe Entwicklung der G 8/G 5-Staaten hat sich Südafrika an den TICAD IV-Ausschusssitzungen zur Vorbereitung des Gipfels aktiv beteiligt. In der südafrikanischen Presse wurde immer wieder betont, der Gipfel in Japan käme genau zur rechten Zeit – zur Halbzeit der Millenniumsentwicklungsziele und der Fälligkeit der G-8-Zusagen von Gleneagles aus dem Jahr 2005. Dazu wurde angemerkt, dass die G-8-Mitgliedsstaaten in beiden Punkten ihren Verpflichtungen gegenüber Subsahara-Afrika bislang nicht nachgekommen seien.

Ein Bericht, den das Africa Progress Panel (eine Einrichtung zur Überwachung der Einhaltung der Zusagen) im Juni dieses Jahres veröffentlichte, legt dar, dass die G 8 im Jahr 2010 mit ihren Ausgaben 40 Mrd. US-Dollar unterhalb ihrer eigenen Vorgaben liegen werden, wenn die jetzigen Pläne eingehalten werden sollten. Nach Berechnungen von Oxfam und südafrikanischen NROs haben die G-8-Länder bislang lediglich 3 von den 25 Mrd. US-Dollar gezahlt, die Afrika südlich der Sahara zugesagt worden waren. Nicht mit eingerechnet ist der Schuldenerlass, der bei 14 Prozent liegt. Als einziges Ergebnis des diesjährigen G-8-Gipfels dazu lässt sich festhalten, dass die Versprechen von Gleneagles wiederholt wurden: Aufstockung der Entwicklungshilfe für Afrika um 25 Mrd. US-Dollar bis 2010 sowie der Erlass von multilateralen Schulden in Höhe von 60 Mrd. US-Dollar. Nach Ansicht verschiedener südafrikanischer Interessenvertretungen und NROs (Oxfam, African Monitor u.a.) sind die G 8 bei der internationalen Entwicklungshilfe "zurückgerudert" und ha-

ROMY CHEVALLIER
SABRINA EISENBARTH
JASPER EITZE
DR. WILHELM HOFMEISTER
STEFANIE MÖLLER
SUSANNA VOGT

Juli 2008

www.kas.de

ben "sich nicht auf einen nachvollziehbaren Zeitplan für die Erfüllung der Versprechen aus dem Jahr 2005 festgelegt".

Aus ähnlicher Perspektive gaben südafrikanische Regierungsvertreter wie der stellvertretende Außenminister Aziz Pahad öffentliche Erklärungen ab, aus denen die Enttäuschung über die Gruppe der Industrieländer klar hervorgeht. Den G-8-Führern wurde empfohlen, "keine neuen Verpflichtungen einzugehen, solange die bestehenden noch nicht erfüllt sind". Erzbischof Njongonkulu Ndungane fügte hinzu: "Als Beweis ihrer Fortschritte bei der Erfüllung bestehender Zusagen haben die G-8-Nationen Berichte über das Gesundheitswesen und die Korruptionsbekämpfung in Afrika veröffentlicht. Sie hätten sich stattdessen zu praktischen Maßnahmen verpflichten können, um sicherzustellen, dass insbesondere im Hinblick auf die Lebensmittelkrise die landwirtschaftliche Entwicklung in Afrika nicht durch unfaire Handelspraktiken wie Agrarsubventionen behindert wird".

Als ein Grund für die Abkehr der G 8 von ihren Zusagen zur Entwicklungshilfe wird in den Medien angegeben, die Gruppe sei nicht bereit, ihre Verpflichtungen zu erneuern, solange in den eigenen Ländern die Angst vor der Kreditkrise, vor hohen Öl- und Lebensmittelpreisen sowie vor einer weltweiten Konjunkturschwäche grassiere.

Aus den Medienberichten geht weiterhin hervor, dass unter den Mitgliedsstaaten der G 8 die Frustration über korrupte und schlecht geführte Staaten in Afrika wächst. "Während wir von unseren Wählern 25 Mrd. US-Dollar für Afrika fordern, ist mancher hochrangige Führer in Afrika nicht bereit, für Demokratie und Menschenrechte Stellung zu beziehen."⁵ Gestützt auf den Fall Zimbabwe verweisen die G-8-Länder darauf, dass einige afrikanische Staaten sich nicht nach den politischen und wirtschaftlichen Kriterien richten, die in den Verträgen

über Entwicklungshilfe und Schuldenerlass festgelegt sind.

Verschiedenen Presseberichten zufolge untermauerten die Outreach-Staaten – wahrscheinlich unter der Führung von Südafrika – die kritischen Probleme bei der Entwicklung Afrikas, wie zum Beispiel die Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser. Eine "gemeinschaftliche Verantwortung" für Afrika wurde angeregt, die darauf hindeutet, dass sich die Schwellenländer ebenfalls zur zukünftigen Entwicklung Afrikas engagieren wollen. China und Indien verfügen bereits über eigene strategische Partnerschaften mit dem Kontinent und Brasilien hat Interesse im Zusammenhang mit dem afrikanischen Potenzial für Biokraftstoffe angemeldet.

Die G8 und Good Governance: Zimbabwe

In Südafrika und der Region ist Zimbabwe ein nach wie vor aktuelles Thema. Dies zeigt sich in der Aufmerksamkeit der Medien zur Haltung der G 8 im Hinblick auf die politischen Ereignissen im Land und insbesondere in der Berichterstattung über das erweiterte Gipfel-Treffen mit afrikanischen Staatsoberhäuptern zu Fragen der Entwicklung des Kontinents.

Bei der als "hitzig" beschriebenen Sitzung verurteilten die G 8 Mbekis ruhige Taktik der Diplomatie und Vermittlung im Fall Zimbabwe.⁶ Die Behauptung des südafrikanischen Präsidenten, seine ruhige Diplomatie zeige Wirkung, wurde von den USA, Deutschland und Kanada in Frage gestellt. Diese Behauptung wurde bei derselben Sitzung von einigen afrikanischen Führern ebenfalls kritisiert, wie zum Beispiel dem nigerianischen Präsidenten Umaru Yar'Adua und John Kufuor, dem Präsidenten Ghanas. Der Vorsitzende der Afrikanischen Union (AU), der tansanische Präsident Jakaya Kikwete, zeigte sich dagegen nicht bereit, etwas zur Schwächung der Führungsrolle Mbekis zu unternehmen und rief die afrika-

⁵ 'G8 leaders grill Mbeki on Zimbabwe'. 8. Juli 2008. *Mail and Guardian*.

⁶ *Mail and Guardian*.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BRASILIEN, MEXIKO, SÜD-
AFRIKA, INDIEN, CHINA**

ROMY CHEVALLIER
SABRINA EISENBARTH
JASPER EITZE
DR. WILHELM HOFMEISTER
STEFANIE MÖLLER
SUSANNA VOGT

Juli 2008

www.kas.de

nischen Mitgliedsländer dazu auf, die Vermittlungsanstrengungen der South African Development Community (SADC) in Zimbabwe zu respektieren. Desweiteren forderte er den Westen auf, die Wünsche der AU und ihre Eigenverantwortung für den Verhandlungsprozess zu respektieren.

Mbeki hat Großbritannien und die USA darauf hingewiesen, dass in Zimbabwe ein Bürgerkrieg ausbrechen könnte, falls sie im Rahmen der EU oder der Vereinten Nationen auf schärfere Sanktionen gegen die herrschende Regierung dringen sollten. Dennoch stellten sich alle Führer der G 8 – auch der russische Präsident Dmitri Medwedjew – hinter die Forderung nach Zwangsmaßnahmen gegen das Land. Dies wiederum verleiht einem Antrag Großbritanniens und der USA zusätzlichen Auftrieb, über den zurzeit der UN-Sicherheitsrat verhandelt. Danach sollen sowohl ein Waffenembargo über Zimbabwe als auch finanzielle Sanktionen und Reisebeschränkungen gegen 14 namentlich genannte Gefolgsleute Mugabes verhängt werden. Weiterhin empfehlen die G 8, einen Gesandten der UN zur Unterstützung der Vermittlungsanstrengungen zu entsenden, der über die Lage Bericht erstatten und den Versuch unterstützen soll, zwischen der Opposition und der Regierung in Zimbabwe zu vermitteln.

Die G8, der Klimawandel und die Outreach-Staaten

Als einziger Vertreter Afrikas unter den G 5 und den MEM-Mitgliedsstaaten hat sich Südafrika für eine zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ausgewogene Lösung im Hinblick auf den Klimawandel eingesetzt. Zudem wies Mbeki auf die Verbindung zwischen der globalen Erwärmung und bestimmten Entwicklungsproblemen hin, wie zum Beispiel der Lebensmittel-, Wasser- und Energiekrise.

Die G-8-Führer waren sich in Hokkaido darin einig, dass die CO₂-Emissionen weltweit bis 2050 um mindestens 50 Prozent gesenkt werden und die einzelnen G-8-Nationen zusätzlich noch kurzfristigere Ziele ins Auge fassen müssten. Südafrika erachtet dieses Ergebnis als einen Fortschritt im Vergleich

zum Beschluss von Heiligendamm aus dem Jahr 2007, als Kanada, Japan und die EU lediglich versprochen, Maßnahmen zur Senkung "ernsthaft in Betracht zu ziehen". Dieses Jahr erkannten auch Russland und die Vereinigten Staaten die Notwendigkeit einer langfristigen, bindenden Zielsetzung an.

Andererseits ist der südafrikanische Minister für Umwelt und Tourismus, Marthinus van Schalkwyk, der Ansicht, die Erklärung der G 8 zum Klimawandel sei "ein Schritt zurück". Ein Großteil der südafrikanischen Medien unterstützt diese Meinung, wie zum Beispiel *SABC News* und der *Mail and Guardian*. "Zu einem langfristigen Ziel, das sinnvoll und glaubwürdig sein soll, gehören ein festgelegtes Ausgangsjahr, ehrgeizige mittelfristige Vorgaben und Maßnahmen sowie ein Ansatz, bei dem die Lasten gerecht verteilt sind." Van Schalkwyk fügte hinzu: "So, wie es in der Erklärung der G 8 steht, ist das langfristige Ziel eine leere Phrase ohne jeglichen Gehalt." Weiterhin sagte der südafrikanische Umweltminister: "Es ist zu bedauern, dass die Zielsetzung der Erklärung der G 8 zum Klimawandel vom kleinsten gemeinsamen Nenner bestimmt wurde." Um greifbare Fortschritte bei der Bekämpfung des Klimawandels erreichen zu können, rief van Schalkwyk die entwickelten Länder dazu auf, ihre Emissionen bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent des Niveaus von 1990 zu senken.

Viel debattiert wurde in den Medien auch die Verpflichtung schnell wachsender Volkswirtschaften wie die Indiens oder Chinas zur Senkung ihrer Emissionen. Die USA und andere Länder sind nur dann dazu bereit, bindende Verpflichtungen einzugehen, wenn Entwicklungsländer mit hohen Emissionsraten dasselbe tun. Die Entwicklungsländer wiederum vertreten den Standpunkt, dass es aufgrund ihres geringen Beitrags zu den Treibhausgas-Emissionen in der Vergangenheit und ihrer drängenden Entwicklungsprobleme ungerecht sei, die Erfüllung derartiger Anforderungen von den G 5 zu erwarten. Die Outreach-Staaten möchten das Prinzip der „gemeinsamen aber differenzier-ten Verantwortung“ angewendet sehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BRASILIEN, MEXIKO, SÜD-
AFRIKA, INDIEN, CHINA**

ROMY CHEVALLIER
SABRINA EISENBARTH
JASPER EITZE
DR. WILHELM HOFMEISTER
STEFANIE MÖLLER
SUSANNA VOGT

Juli 2008

www.kas.de

Außer strengeren Anforderungen an die Senkung des CO₂-Ausstoßes wurde in der südafrikanischen Presse auch der Ruf nach weitergehenden Verpflichtungen der G 8 zu Anpassungsmaßnahmen in Subsahara-Afrika laut. Dabei wurde die Anfälligkeit der Region für die negativen Auswirkungen des Klimawandels besonders betont. Entwicklungsländer wie Südafrika benötigen Technologietransfers und Hilfe aus dem Westen, um das Wachstum ihrer Emissionen zu zügeln. Das Land am Kap, das über einen Großteil der Kohlevorräte auf dem Kontinent verfügt, steigert zur Zeit seine Industrieproduktion, um dringende Entwicklungsbedürfnisse zu befriedigen.

Am sichtbarsten waren in den südafrikanischen Medien Themen und Fragestellungen des Gipfels, die sich mit spezifisch afrikanischen Entwicklungsproblemen beschäftigten wie Klimawandel, Wasser- und Nahrungsmittelsicherheit, Gesundheit und Governance. Die Aufmerksamkeit richtete sich weniger auf globale Herausforderungen. Die globale Finanzkrise wurde wenig diskutiert, am ehesten im Hinblick auf die gestiegenen Ölpreise. Zimbabwe wurde als einziges Land im Zusammenhang mit Fragen der Governance thematisiert, während Iran und Burma keine Erwähnung fanden.

Der Verdruss der afrikanischen Staaten sowie der G 5 über die Verfahren der G 8 werden durch die Nichterfüllung der Entwicklungshilfezusagen des Gipfels von Gleaneagles noch verstärkt. Hinzu kommt außerdem der nur mäßige Fortschritt im Hinblick auf die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele. Die südafrikanische Presse kritisierte in diesem Zusammenhang die G 8, denen es nicht gelänge, Aktionspläne umzusetzen und Zeitpläne zu straffen.

Im Hinblick auf die Mitgliedsstruktur G 8 sowie die Entscheidungsprozesse ist der Tenor in den südafrikanischen Medien desillusioniert: Die Presse stellt die Legitimität der Gruppierung mit dem Hinweis darauf, dass der Westen die Agenda der Treffen maßgeblich bestimmt und die Anliegen der Entwicklungsländer nicht ernst nimmt, in Frage. Um diesen Punkt zu veranschaulichen, nutzen die südafrikanischen Medien Zimbabwe als

Beispiel: Trotz der Forderung des AU-Vorsitzenden Kikwete und des südafrikanischen Präsidenten Mbeki, Sanktionen gegen Zimbabwe nicht zu forcieren, brachten die G 8 diesen Punkt voran. Südafrikanischen Pressekommentaren zufolge unterminiert dies die afrikanische Ownership an den Verhandlungen und das Ziel, afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme zu finden. Doch die Ernüchterung breitet sich auf beiden Seiten aus: Auch die G-8-Mitgliedsstaaten hätten wiederholt auf Fragen der Verantwortlichkeit und Governance mit der Beanstandung hingewiesen, dass die afrikanischen Staaten diesbezüglich bei den Verhandlungen wenig Entgegenkommen zeigten.

4. INDIEN

Als der indische Premierminister Manmohan Singh sich am 7. Juli 2008 auf den Weg zum Weltwirtschaftsgipfel nach Toyako machte, befand sich die Regierung in Indien bereits in einer innenpolitischen Krise. Für das Land war das alles beherrschende Thema des diesjährigen G-8-Gipfels das Nuklearabkommen zwischen Indien und den USA. Im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels hatten die kommunistischen Parteien angedroht, ihre Unterstützung für die Regierungskoalition United Progressive Alliance (UPA) zurückzuziehen, sollte der Premierminister am G-8-Gipfeltreffen teilnehmen und das am Rande des Gipfels geplante Treffen mit US-Präsident Georg W. Bush stattfinden. Bei dem Treffen sollten die weiteren entscheidenden Schritte auf dem Weg zum Atomabkommen zwischen beiden Ländern besprochen werden.

Durch das Atomabkommen erhält Indien Zugang zu ziviler Atomtechnik, ohne sich auf das Nichtverbreitungs-Abkommen zu verpflichten. Rajiv Kumar, Direktor des Indian Council for Research on International Economic Relations, unterstrich, die Entscheidung für das Atomabkommen müsse als eine Anstrengung Indiens bewertet werden, sein Energieschicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Der Premierminister müsse der Bevölkerung erklären, inwiefern

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BRASILIEN, MEXIKO, SÜD-
AFRIKA, INDIEN, CHINA**

ROMY CHEVALLIER
SABRINA EISENBARTH
JASPER EITZE
DR. WILHELM HOFMEISTER
STEFANIE MÖLLER
SUSANNA VOGT

Juli 2008

www.kas.de

das Nuklearabkommen einen Beitrag zur Stärkung Indiens leiste. Auch der indische Politologe C. Raja Mohan betonte, durch das Nuklearabkommen erhalte Indien den richtigen Platz im globalen Nuklearsystem und dem Handel mit Hochtechnologie.

Die kommunistischen Parteien Indiens lehnen die vor drei Jahren auf den Weg gebrachte Vereinbarung zwischen Indien und den USA mit der Begründung ab, Indien mache sich damit zum „Vasallen der USA“. Für den Fall, dass die kommunistischen Parteien ihre Drohung wahr machen, war es Premierminister Manmohan Singh jedoch noch vor dem Gipfel gelungen, sich die Unterstützung der regionalen Samajwadi-Partei (SP) aus dem Bundesstaat Uttar Pradesh zu sichern. Vor diesem Hintergrund wurde erst am Freitag vor dem Gipfeltreffen offiziell die Teilnahme des indischen Premiers verkündet. Begleitet wurde Singh zum Weltwirtschaftsgipfel von MK Narayanan, Nationaler Sicherheitsberater, dem Außenstaatssekretär Shiv Shankar Menon und dem Sondergesandten Shyam Saran.

US-Atomabkommen dominiert indischen Blick auf Weltwirtschaftsgipfel

Bereits in der Vergangenheit spielten die G-8-Gipfeltreffen eine entscheidende Rolle für die Entwicklung des Atomabkommens zwischen Indien und den USA. So erarbeitete MK Narayanan zusammen mit seinem amerikanischen Amtskollegen am Rande des Gipfels in Heiligendamm 2007 die Details für eine Wiederaufbereitungsanlage. Beim Gipfeltreffen in Gleneagles 2005 festigten sich die indischen und amerikanischen Absichten, umweltpolitische Aspekte mit dem Atomabkommen zu verbinden. Nur eine Woche später unterschrieben Premierminister Manmohan Singh und Präsident George W. Bush die gemeinsame Erklärung vom 18. Juli 2005, die darauf zielt, das Verkaufsverbot für zivile Nukleartechnologie und Nuklearbrennstoffe an Indien aufzuheben, das seit 1974 in Kraft ist. Damit trat die amerikanische Regierung offen dafür ein, dass Indien im Rahmen der internationalen Verträge und Regeln über Nukleartechnologie einen Sonderstatus als „verantwortungsbewusster Staat mit fortge-

schrittener Nukleartechnologie“ erhält, solange Indien sich mit gewissen Beschränkungen und einer internationalen Aufsicht über sein ziviles Nuklearprogramm einverstanden erklärt und andere Atomwaffenstaaten sowie der US-Kongress zustimmen.

Der G-8-Gipfel 2008 wurde von zentraler Bedeutung für die Umsetzung des Atomabkommens. Die indische Regierung erwartete, dass der Premierminister am Rande des Weltwirtschaftsgipfels die Gelegenheit haben werde, neben dem bilateralen Treffen mit Präsident Bush, auch Gespräche mit den Staatsoberhäuptern verschiedener Mitgliedsländer der Nuclear Suppliers Group (NSG) zu führen, damit sie Indiens Bestrebungen zur zivilen Nutzung der Kernenergie unterstützen. Insgesamt nahmen 13 von 45 NSG-Mitgliedsstaaten am Gipfeltreffen teil. Geplant waren von indischer Seite bilaterale Gespräche mit China, Korea, Australien und Japan, die alle Mitglieder der Nuclear Suppliers Group sind. Von besonderer Bedeutung war es, in einem Treffen mit Chinas Staatschef Hu Jintao die gegenwärtige Haltung Chinas zum Atomabkommen abzuschätzen.

Klimawandel, Ölpreise und Nahrungsmittelkrise im Zentrum

Obwohl das Hauptaugenmerk in Indien auf den Gesprächen zum Atomabkommen lag, wurde das Treffen der fünf Outreach-Staaten Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika als wichtig bezeichnet. Auf der Agenda stand hier die Entwicklung eines Arbeitspapiers über die Haltungen und Positionen der G 5 zu zentralen globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Nahrungsmittelkrise und der Wiederaufnahme der WTO-Verhandlungen. Darüber hinaus nahm Manmohan Singh am Frühstücksgespräch der G 8 mit den Outreach-Staaten teil. Ein weiterer Hauptpunkt auf der Agenda des indischen Premierministers war das Treffen der Mitgliedsstaaten des „Major Economies Meeting“ (MEM)⁷.

⁷ Mitglieder sind Australien, Brasilien, China, Deutschland, EU, Frankreich, Großbritannien, In-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BRASILIEN, MEXIKO, SÜD-
AFRIKA, INDIEN, CHINA**

ROMY CHEVALLIER
SABRINA EISENBARTH
JASPER EITZE
DR. WILHELM HOFMEISTER
STEFANIE MÖLLER
SUSANNA VOGT

Juli 2008

www.kas.de

Der indische Premierminister kündigte an, dass er verschiedene Themen verstärkt auf dem Gipfel ansprechen werde. So werde er insbesondere die Auswirkungen des gestiegenen Ölpreises auf die Weltwirtschaft und das Bedürfnis gemeinsamer Initiativen der produzierenden und konsumierenden Länder betonen. Er wolle den Gipfel nutzen, um die Sorge Indiens über fehlende Interventionen durch internationale Finanzinstitutionen wie den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank im Hinblick auf die Ölkrise zu äußern.

Zum Klimawandel machte der indische Premierminister deutlich, dass es keine Lösung geben könne, ohne die Entwicklungsbedürfnisse und Bestrebungen der Entwicklungsländer zu berücksichtigen. Für Indien läge die höchste Priorität auf der Beseitigung der Armut und dafür sei ein nachhaltiges und schnelles Wirtschaftswachstum nötig. Der indische Aktionsplan gegen den Klimawandel, der am 30. Juni 2008 veröffentlicht wurde, enthalte zwar keine konkreten Ziele zur Emissionsverringerung, er zeige allerdings das indische Engagement bezüglich des Klimawandels. Dies unterstrich der Direktor des Inter-Governmental Panel on Climate Change (IPCC), R.K. Pachauri. Er hatte sich in Neu Delhi positiv über den indischen Aktionsplan gegen den Klimawandel geäußert. Von Seiten Indiens sei die Implementierung des Aktionsplans der richtige Weg, so Pachauri.

Manmohan Singh führte aus, dass Klimawandel, Energiesicherheit und Ernährungsicherheit eng miteinander verbunden seien und daher in einem integrierten Ansatz behandelt werden müssten. Er kritisierte die Nutzung landwirtschaftlicher Anbauflächen zur Herstellung von Biotreibstoff. Indien werde in einer gemeinsamen Strategie mit den anderen Outreach-Staaten Druck auf die G 8 ausüben, um Lösungen für die Nahrungsmittelkrise zu finden.

dien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Korea, Mexiko, Russland, Südafrika, USA.

Indien hat in Toyako klar seinen Standpunkt vertreten

Indien wird den Plan der G-8-Staaten, die CO₂-Emissionen bis 2050 zu halbieren, nicht mittragen. Premierminister Singh hat in Toyako die Industrienationen aufgefordert, die von ihnen in Anspruch genommene Führungsrolle auch beim Klimaschutz wahrzunehmen. Nachhaltiges und beschleunigtes Wirtschaftswachstum sei von kritischer Bedeutung für alle Entwicklungsländer und diese könnten zum jetzigen Zeitpunkt eine quantitative Reduzierung ihrer Emissionen nicht einmal in Betracht ziehen, so der indische Premier in Toyako. Die Erklärung der MEM-Staaten hat Indien allerdings unterschrieben. Darin heißt es, die 16 Länder sähen den Klimawandel als „eine der größten Herausforderungen unserer Zeit“. Die Industrie- und Schwellenländer bekennen sich dazu, den Klimawandel in Übereinstimmung mit den jeweils unterschiedlichen Verantwortungen und Möglichkeiten zu bekämpfen.

Nach einem Treffen der G 5 forderten diese die Industrienationen gemeinsam dazu auf, sich für eine wachsende Produktion und eine verbesserte Verteilung von Nahrungsmitteln einzusetzen sowie Handelsbarrieren und landwirtschaftliche Subventionen abzubauen. Ziel müsse die Schaffung eines gerechten und vernünftigen internationalen Handelssystems sein. Zum Thema Biotreibstoffe machten die G 5 deutlich, dass die Möglichkeiten und Herausforderungen der Biokraftstoffindustrie im Hinblick auf die derzeitige Nahrungsmittelkrise genau analysiert werden müssen, damit sie nicht zur Gefahr für die Ernährungssicherheit werden. Ihr möglicher Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung müsse geprüft werden.

Auf internationaler Bühne Partner für Atomabkommen gewonnen

Nach zahlreichen bilateralen Gesprächen am Rande des G-8-Gipfels zeigte sich die indische Regierung sehr optimistisch bezüglich der weiteren Schritte zum Atomabkommen. Neben dem erfolgreichen Gespräch mit US-Präsident George W. Bush seien auch die Gespräche mit Korea und China positiv ver-

laufen. So betonte Shiv Shankar Menon, die Zahl der Staaten, die Indien unterstützten, sei nach dem Gipfeltreffen gestiegen. Auch von Seiten Chinas sehe der Sondergesandte keine Schwierigkeiten.

Als Premierminister Manmohan Singh am Montag die formelle Einschaltung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) ankündigte, machten die kommunistischen Parteien ihre Drohung wahr und entzogen der indischen Regierung ihre Unterstützung. Nun steht für Ende Juli eine Vertrauensabstimmung im indischen Parlament bevor. Allerdings erreicht der Premierminister auch mit den zusätzlichen Stimmen der Samajwadi-Partei die nötige Mehrheit noch nicht. Die Regierung muss nun bei den unabhängigen Parlamentariern Überzeugungsarbeit leisten, damit diese im Fall eines Misstrauensvotums für sie stimmen und die Regierungskoalition bis zu den regulären Neuwahlen im Mai 2009 an der Macht bleibt.

Doch auch auf internationaler Ebene stehen noch wichtige Schritte vor der endgültigen Unterschrift des Abkommens. Nach einer Zustimmung durch die IAEA muss die Unterstützung der 45 Staaten der Nuclear Suppliers Group gesichert werden. Erst dann kann der US-Kongress dem Vertrag zustimmen. Auch der Wahlkampf in den USA trägt dazu bei, dass die indische Regierung ein Rennen gegen die Zeit gewinnen muss: Sollte der US-Kongress nicht vor November zustimmen, könnte der Nachfolger von Präsident Bush den Nukleardeal neu verhandeln wollen.

In den kommenden Wochen wird sich entscheiden, ob es Manmohan Singh gelingt, nicht nur die IAEA, die NSG und den US-Kongress auf internationaler Ebene zu überzeugen, sondern auch innenpolitisch die Ratifizierung des Abkommens zu gewährleisten.

5. CHINA

Die erneute Möglichkeit zur Teilnahme an einem G-8-Gipfel wurde auch dieses Jahr in Japan von der chinesischen Führung als

Chance wahrgenommen, die eigenen Ansichten zu globalen Fragestellungen auf internationalem Parkett bekannt zu machen. Angesichts der in China derzeit rasant ansteigenden Lebensmittelpreise, die insbesondere die armen Bevölkerungsschichten empfindlich treffen, war für die chinesischen Delegierten die Nahrungsmittelkrise von zentraler Bedeutung. Hu Jintao forderte in diesem Zusammenhang dazu auf, die Doha-Runde, in der es im Wesentlichen auch um eine Liberalisierung des weltweiten Agrarhandels geht, ernster zu nehmen. Vom Westen verlangte er in die Reduktion von Handelsbarrieren sowie einen restriktiveren Umgang mit Subventionen. Anschuldigungen, dass der Anstieg der Getreidepreise auf eine erhöhte Nachfrage Chinas zurückzuführen sei, wies er zurück.

In Bezug auf den Klimawandel betonte Hu Jintao abermals die historische Verantwortung der westlichen Länder. Er forderte einen verstärkten Technologietransfer sowie mehr finanzielle Unterstützung im Bereich der Energieeffizienz sowie der Nahrungsmittelproduktion. Die Entwicklungs- und Schwellenländer, so Hu Jintao, sollten sich zwar auch um nachhaltige Entwicklung bemühen, ihr Wirtschaftswachstum dürfe jedoch durch die Anstrengungen im Bereich des Klimaschutzes nicht eingeschränkt werden. Diese Haltung der „gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung“ in Bezug auf den Klimawandel wurde von den in Japan nun als Fünfergruppe (G 5) fest etablierten Outreach-Staaten auch in die erste offizielle Erklärung übernommen. Diese Tatsache wurde in der hiesigen Presse als ein großer Erfolg und ein Zeichen der Stärke Chinas gewertet.

Wie die *South China Morning Post*⁸ berichtete, soll China auch darüber hinaus in den Gesprächen der Outreach-Staaten eine Führungsrolle eingenommen haben. Insbesondere als es darum ging, die Gemeinsamkeit

⁸ Die *South China Morning Post* ist eine der führenden englischsprachigen Tageszeitungen Hongkongs und stellt eine Quelle für relativ unabhängige Berichterstattung über den Großraum China und Asien dar.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BRASILIEN, MEXIKO, SÜD-
AFRIKA, INDIEN, CHINA**

ROMY CHEVALLIER
SABRINA EISENBARTH
JASPER EITZE
DR. WILHELM HOFMEISTER
STEFANIE MÖLLER
SUSANNA VOGT

Juli 2008

www.kas.de

ten der betreffenden Länder hervorzuheben und sich mit einer neuen Identität der „Gruppe der Fünf“ zu etablieren, habe China eine Schlüsselrolle gespielt. Der starke Einfluss Chinas unter den Outreach-Staaten sei in Anbetracht der Größe der nationalen Volkswirtschaft auch angemessen, so Jin Canrong, Professor für internationale Beziehungen an der Renmin Universität, in einem Interview mit der *South China Morning Post*.

Schwäche der G8 erfordert Erweiterung der Gesprächsrunde

Im Zusammenhang mit dem diesjährigen Gipfel wurde mehrfach die Schwäche der G 8 in ihrer momentanen Zusammensetzung beklagt. Das Augenmerk der dort vertretenen Staaten liege vor allem auf der Wahrung ihrer eigenen Interessen. Seit Jahren könne man keine konkreten Verhandlungsergebnisse mehr vorweisen, kritisierten die *Global Times*⁹ und die *South China Morning Post* übereinstimmend. Auch 2008 sei weder zum Thema des Klimawandels, zu dringlichen Fragen der Weltwirtschaft wie der Kreditkrise in den USA und der globalen Nahrungsmittelkrise, noch zu wichtigen sicherheitspolitischen Fragen wie dem Nuklearprogramm im Iran oder der instabilen Situation im Irak und Afghanistan Lösungen erzielt worden, so das Fazit eines Kommentators der chinesischen Nachrichtenagentur *Xinhua*.

Die Schwäche der G 8 liege klar in ihrer Zusammensetzung, da die Mitgliedsstaaten die gegenwärtige Machtkonstellation auf der Welt nicht mehr widerspiegeln, erklärt die *Global Times*. Zum einen sei die G 8 längst nicht mehr die Gruppe der wirtschaftlich einflussreichsten Länder. Während in einigen G-8-Staaten die Wirtschaft stagniere, hätten Länder wie China oder Korea durch atemberaubendes Wachstum aufgeholt. Zum anderen sei die G 8 in ihrer traditionel-

len Konstellation nicht länger in der Lage, globale Probleme im Alleingang zu lösen.

In zahlreichen Artikeln wurde deshalb eine Neuordnung der G 8 diskutiert. Die *Global Times* beispielsweise forderte, dass mit dem Eintritt der Welt in das „pazifische Zeitalter“ auch asiatische Staaten eine gebührende Rolle in den Gesprächen einnehmen sollten. Mehrfach wurde das Anliegen einer Aufnahme Chinas durch Zitate aus westlichen Medien untermauert, die dafür plädierten, dass wirtschaftsschwächere Staaten wie Kanada oder Italien ihren Platz am Verhandlungstisch für Länder wie Indien oder China räumen.

Die sich in den vergangenen Jahren verstetigende Praxis, die Entwicklungs- und Schwellenländer in die Gespräche einzubeziehen, wurde sehr begrüßt. Diese Länder übten einerseits großen Einfluss auf internationale Fragen, wie beispielsweise den Ölpreis, aus. Andererseits zeigten sich die gravierenden Auswirkungen von Nahrungsmittelkrise und Erderwärmung in diesen Staaten in deutlich stärkerem Ausmaß als in den G-8-Staaten. Ein vertiefter Dialog sowie eine verstärkte Kooperation zwischen Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern, so etliche Medienberichte, sollten es einfacher machen, globale Probleme zu lösen und Stabilität und Entwicklung zu fördern.

Aufnahme Chinas in die G8?

Bei internationalen Themen wie dem Klimawandel, der Nahrungsmittelkrise, den hohen Ölpreisen sowie der Währungskrise in den USA sei, so der Grundton, China heute vom Verhandlungstisch nicht mehr wegzudenken. Als drittgrößte Wirtschaftsmacht dürfe Chinas Stimme im Kreis der wirtschaftsstarken Industriestaaten nicht mehr fehlen. Diese Meinung zog sich in den letzten Tagen wie ein roter Faden durch die Medienberichterstattung im Land. Wiederholt war, unter anderem in der *Global Times*, zu lesen, dass der Einfluss Chinas bei den Gipfeltreffen beträchtlich sei und dass man eigentlich eher von einer G 9 sprechen sollte als von der G 8.

⁹ Die *Global Times* ist eine chinesischsprachige Zeitung aus dem Renmin Verlag, der auch das Parteiorgan *People's Daily* herausgibt. Sie richtet sich vor allen Dingen an ein Elitepublikum und ist aus diesem Grund in der chinesischen Presselandschaft von maßgeblicher Bedeutung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BRASILIEN, MEXIKO, SÜD-
AFRIKA, INDIEN, CHINA**

ROMY CHEVALLIER
SABRINA EISENBARTH
JASPER EITZE
DR. WILHELM HOFMEISTER
STEFANIE MÖLLER
SUSANNA VOGT

Juli 2008

www.kas.de

Auch wenn der französische Präsident Nicolas Sarkozy sowie der britische Premier Gordon Brown die Mitgliedschaft Chinas im Kreis der G 8 begrüßten, sei die Zeit einer Aufnahme Chinas noch nicht gekommen, so die *South China Morning Post*. Zum einen stellt sich vor allem Japan gegen eine Mitgliedschaft Chinas in der G 8, um seine Rolle als einziges asiatisches Land im Kreis der Wirtschaftsmächte nicht zu verspielen. Zum anderen will man in China selbst einen Eintritt nicht übereilen: Das Land zeigt sich gegenüber einer Aufnahme in die G 8 zwar offener als früher und will auch als verantwortungsvoller Teilnehmer an den Gesprächen gesehen werden. Dennoch ist, so die Einschätzung der *South China Morning Post*, ein Beitritt vorerst unwahrscheinlich. Vor allem zur Frage des Verhandlungsrahmens für Themen wie Klimawandel oder Währungsstabilität gebe es noch einige Meinungsverschiedenheiten zwischen China und der G 8. China würde eine Diskussion dieser Themen im Rahmen der Vereinten Nationen oder der Weltbank bevorzugen und sei mit der „informellen Diplomatie“ der G 8 unzufrieden, erklärte Gregory T. Chin vom kanadischen Centre for International Governance Innovation in einem Interview mit der *South China Morning Post*.

Hinter der Ablehnung eines Beitritts zur Gruppe der wirtschaftsstärksten Industrieländer steht zudem die in der Presse wenig reflektierte Zurückhaltung Chinas, die strategische Rolle des Entwicklungslandes aufzugeben. Obwohl China sich als sehr mächtiges Schwellenland sieht, wird es aller Voraussicht nach seinen Einfluss vorerst weiterhin im Rahmen der G 5 als Interessenvertreter der Entwicklungs- und Schwellenländer geltend machen und nicht in den „Club“ der Industrieländer aufsteigen wollen.

Starke Rolle Chinas im Verhandlungsprozess

Obwohl kritisiert wird, der G8-Gipfel habe keine greifbaren Ergebnisse zu Tage gebracht, scheint China für sich selbst eine positive Bilanz zu ziehen. Man sieht sich als aktiven Teilnehmer, der die Gespräche vorangetrieben hat. Chinas Positionen konnten

vermittelt und teilweise auch durchgesetzt werden. Die meisten Medienberichte sehen China daher selbstbewusst als einen wichtigen Partner in zukünftigen internationalen Verhandlungen.